

Der Papst, das Land Thüringen und DIE LINKE

Aus
dem
Inhalt:

3

Peter Arlt:
»Mein« Papst
und Christentum

4

Dr. Heide Wildauer:
Miteinander und Füreinander
ist unser soziales Kapital

7

Ursula Weidenbecher:
»Das waren die
Nachrichten«

»Wenn ich die Sachlage also richtig interpretiere, dann ist diese Debatte eine reine Standortfrage. Toll, denn meine Mädels und mich freut es selbstverständlich, ein weiteres Einkaufszentrum in Gotha zu haben. Auch bei den Frauen in meiner Familie und bei Arbeitskolleginnen trifft solch ein »Miniatur-Thüringen-Park« auf Zuspruch.

Schließlich generiert die Stadt mehr Steuern. Zudem werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Bleibt aber noch das Kernproblem: Wohin mit diesem Markt? Im Gebäude des ehemaligen Finanzamtes kann ich mir ein solches Projekt kaum vorstellen. Man stelle sich nur vor, wo die Leute alle parken sollten. Deshalb würden mich sehr Eure Vorschläge zu einem möglichen Standort interessieren.«

Anja Seifart, am 25. März 2011

»Seit der Stadtratssitzung gestern Abend ist klar, nach dem Willen der Stadtverwaltung erfolgt im Sommer des kommenden Jahres der Spatenstich für Gothas »Glitzerpalast«. Dies sei angeblich der Wille der Gothaer Bevölkerung. Ob ein Volksentscheid dies auch so dokumentieren würde?«

Michael Weise, am 14. April 2011

Zum Thema »Glitzerpalast in Gotha...«

»Gotha ist entgegen meiner Erinnerung oder auch tatsächlich schon sehr schön geworden. Ein Glitzerpalast bringt nicht nur Menschen in die Innenstadt, sondern zieht auch viele Gäste nach Gotha. Und nach dem dritten Besuch macht es viele doch neugierig auf die Innenstadt. (...) Es ist nicht alles immer schlecht. Ihr könnt auch eine Chance sehen. Nur wird nicht alles bleiben, wie es ist. Und das ist gut so.«

Mario Weisheit, am 24. April 2011

»Jeder, der glaubt ein neues Einkaufszentrum würde positive Auswirkungen auf die Innenstadt haben, ignoriert die Entwicklungen der letzten Jahre, die in Zement gegossen eigentlich nicht zu übersehen sind. Die Menschen in der Region werden grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben. Also wird Kaufkraft aus einer anderen Stadt, z. B. aus Erfurt, abgezogen und das Problem erst einmal verlagert. Eine Verschärfung des Preiskampfes und der verstärkte Wettbewerb zwischen den Städten werden die Folge sein. Die Auswirkungen würden dann die Einzelhändler in Gotha und in Erfurt gleichsam spüren.

Das sind jetzt keine Vermutungen, sondern zu beobachtende Tatsachen und Analysen der letzten 50 Jahre – auch mit Blick auf Amerika. Die Chance einer nachhaltigen Stadtreparatur wird so jedenfalls langfristig vertan.«

Sebastian Schuttwolf, am 20. April 2011
(Gefunden im Internet)



Unser Autor:

*Swen Hübner,
Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gotha*

Zum Thema »Glitzerpalast«

Shoppern in Gotha – aber wo?

Gotha ist eine Stadt mit kleinteiligen Geschäften, die meistens dann geschlossen sind, wenn man gerade einkaufen will? Und wie komme ich in das Geschäft? Zu Fuß? Na ja, da brauche ich ja ewig. Mit dem Auto? Ja, aber wo parken? Eine Parkzeit von 30 Minuten ist kostenlos. Oder doch lieber im Parkhaus? Oder gleich nach Erfurt? Davon ist sofort die ganze Familie begeistert.

Wäre es nicht prima, wir hätten in Gotha auch so ein Shopping-Center, wo von A bis Z alles unter einem Dach zu bekommen ist? Vielleicht eine Tasse Kaffee dort trinken, oder gleich Frühstück, Mittag oder Abendbrot vor Ort einnehmen? Hinfahren, kostenlos parken, einkaufen und wieder nach Hause.

So schön soll sie werden die geplante Residenz-Galerie an der Gartenstraße in Gotha: 16 000 Quadratmeter Verkaufsfläche für den Einzelhandel und dazu auch noch ein Kino. Aber Letzteres ist wohl schon vom Tisch. Und so wird das Center mit seinen vielen Lägern, die eigentlich kaum ein Geschäft braucht, wohl doch so um die 20 000 Quadratmeter einnehmen; ja, und Platz für mehr ist auch noch da. So stellt uns die Firma Saller das Shopping-Center vor, das an Gothas Gartenstraße entstehen soll – im Volksmund als »Glitzerpalast« getauft. Es soll sogar die Innenstadt beleben und Kaufkraft nach Gotha bringen: »Hinfahren, Einkaufen, Wegfahren.«

Oberbürgermeister Knut Kreuch möchte diese Einkaufsmeile um jeden Preis – ach ja, die Preise für die Waren würden auch noch fallen, »Konkurrenz belebt das Geschäft« und so... Schön für uns Kunden, doch was ist der Preis, den wir Gothaer zahlen müssen?

Herr Saller gab zu, dass pro Arbeitsplatz, der im Center entstehen wird, 1,5 bis 2 Arbeitsplätze im Einzelhandel verloren gehen. Um die angesprochene Konkurrenzfähigkeit zu erzielen, werden wohl viele Angestellte nur auf 400-Euro-Basis eingestellt. Und in den etablierten Häusern ProMarkt, Joh & Co. wird man auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen in den Niedriglohnsektor verschieben müssen. Dann entsteht ein freundlicher und zuvorkommender Service – mit schlecht bezahlten Arbeitskräften.

Eine weitere Aussage von der Firma Saller lautet: »Es haben sich schon 15 Händler aus der Innenstadt um Gewerbeflächen beworben.« Ich denke mal, Handelsketten wie Espirit, NANU-NANA, Orsay oder New Yorker könnten es sein.

Was wird im Endeffekt aus den Läden in der Innenstadt? Leerstände, so weit das Auge blicken kann?

In Städten, die ein ähnliches Einkaufszentrum errichten ließen, stellt man heutzutage teure Marketing-Manager und -firmen an, um die Innenstädte wieder zu beleben. Die Gas-

tronomie, darunter auch die mediterrane, wird Einbußen hinnehmen müssen oder sich letztendlich im Shopping-Center ansiedeln. Doch nicht wenige unter den Gastronomen werden sich die hohen Mieten in der Mall kaum leisten können.

Die Firma Saller will 60 Millionen Euro investieren und daran natürlich auch ein paar Scheine selbst verdienen. Viele der Händler in dem neuen Mega-Einkaufszentrum werden nach hartem Konkurrenzkampf mit den Geschäftsin-

habern in der Innenstadt wieder aufgeben müssen. Oder sollten sie den Wettbewerb für sich entschieden haben, werden sie die Preise anheben, um die Verluste wieder wettzumachen. Nix da mit guten Preisen!

Einkaufs-Center entstehen gerade überall, und alle rechnen mit einem riesigen Potential an Kaufkraft. Doch jeder Kunde kann den Euro nur einmal ausgeben, und so stellt sich die Frage: Wie viele Center verkraftet eine Region?

Als Stadtrat ist es nicht leicht, eine Entscheidung für oder gegen ein solches Einkaufsparadies zu treffen. Die Informationen, die einem gewählten Volksvertreter zur Verfügung stehen, sind nur sehr einseitig und bestehen fast nur aus Zahlen, Gutachten und Statistiken.

Ich bitte Sie alle, die diesen Artikel lesen, machen Sie sich Gedanken über ein Für und Wider zu diesem Investitionsvorhaben und denken Sie dabei nicht nur die kommerziellen Vorteile, sondern auch daran, welchen Schaden ein riesiges Einkaufszentrum am Rande der Innenstadt für die dort ansässigen Händler mit sich bringen wird.

Diskutieren Sie mit im politischen Stadtgespräch! Denn wer nicht mitredet, tut sich und dieser Stadt nichts Gutes. Wir leben in einer liebenswerten Stadt, die im Schatten unserer Landeshauptstadt nur durch Besonderheiten auf sich aufmerksam machen kann. Ob ein Konsum-Tempel etwas Besonderes ist, wenn in der Region bereits ein Markt nach dem anderen entsteht, darf bezweifelt werden?



Warum auch immer, ich bin für die Sicherheit des deutschen Papstes in Erfurt verantwortlich. – Ich gebe zu, von dem Auftrag selbst überrascht worden zu sein. Einige geneigte Leser werden jetzt wegen solcher Anmaßung ihre Lektüre einstellen und nicht erfahren, was ich in der Nacht zum 19. Juli 2010 weiter träumte:

Diese Aufgabe nehme ich gewissenhaft und mit hohem Verantwortungsgefühl wahr: Ich trage den Papst Huckepack. Doch seinem Gesichtsausdruck entnehme ich eine gewisse, eigentlich sehr deutliche Unbehaglichkeit. Deshalb frage ich, ob ich ihn herunterlassen soll. Er nickt unmerklich. Sobald er auf eigenen Beinen steht, entbrennt zwischen uns der Streit, auf welchem Boden wir uns befinden. Er behauptet, wo er stünde, sei der Boden des Vatikans. Dagegen verteidige ich erzürnt die Tatsache, in Erfurt zu sein. Zur Untermauerung meiner Behauptung bücke ich mich und zeige am Boden entlang: Das hier ist alles Erfurter Gebiet! – Als ich mich wieder aufrichte, sehe ich keinen Papst mehr, dafür einen Mann, den ich fragend anblicke. Er erklärt mir: »Der Papst ist weg. Vorher hat er sie mit einem Stab oder so schachmatt gesetzt. Sie hielten wie betäubt in ihrer Bewegung inne und haben nicht gemerkt, wie er sie ein paar Mal scherzhaft gezwickt hat.« Der Papst, so denke ich, hat also doch ein paar geheimnisvolle Mittel.

Ein Traum, den »früher« jede Betriebsparteizeitung, schon weil es ein Traum ist, nicht veröffentlicht hätte. Auch wenn ich versicherte, mich weder dem Papst noch seiner Popularität als ein Christophorus zur Verfügung zu stellen, sondern um Erfurt einen Bogen zu machen, hielte man meine versöhnlerische Haltung gegenüber dem Papst für unverzeihlich, zumal er mich auch noch übertölpeln konnte. Damals lag der antagonistische Widerspruch zwischen Partei und Papst auf der Hand, schon wegen der Unfehlbarkeitsdoktrin hier wie dort, die im Lichte von Schaulprozessen und Scheiterhaufen nicht sonderlich lustig war.

Nachdem Papst Johannes Paul II. das sozialistische Welt-system zerstören half, klingt es heute nur noch im Vatikan: »Denn der Papst, ja der Papst, der hat immer recht!«. Bei ihm liegen völlig undemokratisch Legislative, Exekutive und Jurisdiktion; die Rechte der Frauen werden ebenso missachtet wie das der sexuellen Selbstbestimmung. Außerdem beansprucht er den Primat über die Gesamtkirche, weshalb die evangelischen Gläubigen eigentlich keine Kirche bilden können.

Das (nicht die Kosten) sind Protestgründe, die man ihm in Erfurt eigentlich unter die Nase reiben könnte. Wer das friedlich und phantasievoll zu tun versteht, müsste sich nicht zurückhalten. Ernesto Cardenal grüßte 1983 den Papst mit erhobener Faust; Johannes Paul II. drohte mit dem Finger zurück. Warum sollte auch der katholische Vormarsch in den freigeistigen Raum der Atheisten (73 Prozent im Osten) widerstandslos hingenommen werden?

Und in den Raum der Protestanten. Deshalb trifft sich Papst Benedikt XVI. mit der evangelischen Kirche nicht auf der Wartburg, sondern im Augustinerkloster, wo Luther noch katholisch war, sich nicht mit Leo X. auf dem »Heiligen Stuhl« angelegt und Rom als »Sünden-Babel« gegeißelt hat. Schickt sich Erfurt als Pilgerort an, dem nachzufolgen?

Zu den Gesprächen mit der evangelischen Kirche wollen die CDU-Politikerinnen Merkel und Lieberknecht hinzustoßen und, indem sie bedenklich den Staat der Kirche annähern – so wahr ihnen Gott helfe –, den Werbebonus des Papstbesuches abfassen. Von diesem gehen freilich ebenso in einer einzigartigen Marketing-Aktion für Thüringen Bilder um die Welt, strahlt – mit päpstlicher Aura aufgeladen – die sechsstürmige Silhouette von Dom und Severi in die Welt aus. Und viele fühlen sich nicht nur als freundliche Gastgeber einer bedeutenden Glaubensgemeinschaft, sondern dieser auch kulturell verbunden.

Als sozialistischer Atheist liegt mir der christliche Glaube nahe. Denn ein bewusstes Leben verlangt nach Deutungsmustern. Wenn der Mensch der Gegenwart wie der biblische Prediger Salomo nach dem Gewinn für all die Mühe fragt, die er im Leben gehabt hat, orientiert er sich an menschheitlichen, humanistischen Grundmodellen, an Sinnvergewisserungen, wie sie das Christentum bereithält.

Selbst der hartnäckigste Atheist kann nicht ohne Glaube, Hoffnung, Liebe leben. Doch nicht der Glaube, die Liebe ist das größte unter ihnen. Sie gebietet soziale Gerechtigkeit, wie schon vor vierzig Jahren Papst Paul VI. erinnerte. Gerecht und von Gott ist Obrigkeit nur, wenn

sie von den Menschen, von denen unten kommt, wenn sich Menschen nicht der Obrigkeit unterwerfen und als autoritätssüchtige Massenindividuen selbst entmündigen und entmündigen lassen.

Die Menschen, die sich – im Sinne der Bergpredigt oder einer entsprechenden Programmatik – als Salz der Erde, als Licht der Welt verstehen und selbst von den Übeln erlösen, werden lebendig sein, ob Buddhist, Jude, Muslim, Christ oder Atheist.

»Mein«
Papst
und

Christentum

von
Peter
Arlt



Am 23. und 24. September 2011 in Erfurt:

Papst Benedikt XVI. trifft sich mit Vertretern der evangelischen Kirche im Augustinerkloster, in dem Luther einst als Katholik war.





Die Volkssolidarität Kreisverband Gotha e.V. ist ein eigenständiger Verein, der gleichzeitig Mitglied im Sozial- und Wohlfahrtsverband des Bundesverbandes der Volkssolidarität ist. Wir sind als Kreisverband juristisch wie wirtschaftlich selbständig und unabhängig. Unser Verein wird von einem ehrenamtlichen, demokratisch gewählten Kreisvorstand und von einem hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Ich selbst bin seit 2003 ehrenamtliche Vereinsvorsitzende.

Die Volkssolidarität gehört zu den größten Vereinen im Landkreis Gotha. Das wissen leider viele Menschen nicht. Sie wissen auch nicht, dass wir mit über 140 Festangestellten zugleich ein großer Arbeitgeber in der Region sind. Wir beschäftigen vorwiegend Vollschwestern, Pflegehelfer, Kindergärtnerinnen sowie wenig kaufmännisches Fachpersonal u. a. Unsere gegenwärtige Bilanz aus wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Sicht ist gut. Das war allerdings nicht immer so.

Blicken wir zurück auf die Zeit des Anfangs unseres Vereins im Jahre 1945, dann können wir immer wieder Mut schöpfen aus unserem Werden. Dies beweist letztendlich, welche Kraft die Menschen im gemeinnützigen Miteinander zu entfalten imstande sind. Wenn uns die physische Not und die Drangsal jener Anfangsmonate im Jahr 1945 auch zeitlich sehr fern sind, so brauchen wir gerade in aktuellen Situationen, in denen wir glauben nicht weiter zu kommen, die konkrete Erinnerung an diese Zeit, um wieder Kraft für das Morgen zu schöpfen.

Ende Oktober 1945 wurde unser Verband Volkssolidarität von Menschen gegründet, die an die Zukunft glaubten. Sie haben im gemeinsamen Handeln Trümmer beseitigt sowie Hunger, Kälte und seelische Verwüstung zu lindern versucht. Niemand sollte ihrer Meinung nach mehr verhungern oder erfrieren. Die Aufgabe wurde größtenteils gelöst. Im Dezember 1945 gab es die ersten Weihnachtsfeiern der Volkssolidarität für Kinder, Kriegsheimkehrer und sehr arme Menschen.

Rückblick auf das Jahr 1946

- 01. 04. 1946: Waschanstalt in Gotha eröffnet.
- 30. 04. 1946: Randsiedlung Goldbacher Straße fertigt Kleider für die Thüringer Aktion gegen Not.
- 30. 07. 1946: Tage der Volkssolidarität in den Landgemeinden des Kreises unter dem Motto: »Alle helfen allen!«
- 13. 08. 1946: 49 Kucheneinrichtungen für die Neubürger im Landkreis Gotha übergeben.
- 15. 08. 1946: Nahrungsmittelwerk Herbsleben spendet 100 Kilogramm Marmelade. Firma Schuhmann & Co aus Gotha repariert 100 Paar Schuhe kostenlos.
- 26. 09. 1946: Aufruf: »Speiseöl aus Bucheckern«.
- 26. 10. 1946: Aufruf: »Hausschuhe für unsere Kinder«.
- 16. 11. 1946: Gothaer Schulkinder erhalten 500 Paar Schuhe.
- 07. 12. 1946: Gothas Wärmehallen geöffnet.

In den Folgejahren kümmerten sich die Volkshelfer der Volkssolidarität um die Men-

schen in den entsprechenden Wohngebieten. Sie verteilten Lebensmittelkarten, Bezugs-scheine, Kohlekarten u. a. Sie organisierten aber auch gesellige Zusammenkünfte gegen die Einsamkeit. Darüber hinaus gab es zahlreiche Initiativen zur aktiven Hilfe für bedürf-

Miteinander und Füreinander ist unser soziales Kapital

Die Gothaer Volkssolidarität hat
die Wendezeit überstanden



Unsere
Autorin:

Dr. Heide Wildauer
Kreisvorsitzende
der
Volkssolidarität
Gotha e. V.

tige Menschen, besonders auch für Vertriebene aus den Ostgebieten. Die Zeit von 1945 bis 1949 war in der Volkssolidarität vorwiegend geprägt durch eine Volksbewegung zur Linderung von Not, Elend und Leid nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Mit Gründung der DDR im Jahre 1949 fielen zahlreiche bis dahin durch Volkshelfer geleistete Arbeiten weg. Künftig erledigten diese Aufgaben staatliche Institutionen. Nach 1955 wurde die Arbeit der Volkssolidarität zunehmend auf die Betreuung älterer Menschen konzentriert. Dabei leistete der Verein eine unvergleichlich große Arbeit zur kulturellen und sozialen Betreuung älterer Menschen und zur Ausprägung deren Lebensqualität.

1990 stand die Volkssolidarität vor der Entscheidung, sich einem Wohlfahrtsverband der alten Bundesländer anzuschließen oder mit ihren zahlreichen Mitgliedern einen eigenständigen Weg zu gehen. Die Entscheidung in Gotha war nicht schnell getroffen. Erika Bischof hatte als damaliges Vorstandsmitglied die Verhandlungen mit dem zuständigen Mitarbeiter im Amtsgericht Gotha geführt und erreicht, dass die Volkssolidarität als Verein weiter bestehen durfte. Das war ein Sieg, der allerdings von der Mehrzahl der Mitglieder nicht als solcher gesehen wurde. Je mehr das neue politische Umfeld die Arbeit der Volkssolidarität abqualifizierte, desto mehr Mitglieder verließen den Verein.

Für die Volkssolidarität in Gotha war das eine sehr schwere Zeit. Trotzdem gab es in der Folgezeit Höhen und Tiefen im Fortbestand des Vereins, die seinerzeit in der schönen Villa in der Gadollastraße durchlebt und verkraftet werden mussten.

Wie überall in der ehemaligen DDR wandte man sich auch in Gotha nach der Wende neuen Aufgabenfeldern und Organisationsstrukturen marktwirtschaftlicher Sozialarbeit zu. Das lief teilweise recht gut, aber ab 2002 befand sich der Verein auf dem absteigenden Ast. Der Landesverband empfahl Ende 2002 als neuen Geschäftsführer den Mathematiker und Banker Arnfrid Gothe, den der damalige Vorsitzende einsetzte.

Der erfahrene Banker Arnfrid Gothe analysierte die Situation und wurde zunehmend frustrierter. Was er vorfand, schien kaum reparabel. Um eine Insolvenz zu verwalten, war er schließlich nicht gekommen. Fast alles, was er vorfand, war verbesserungsbedürftig. Inzwischen war auch der Vorstand nicht mehr arbeitsfähig, so dass eine Neuwahl nötig wurde. Es fanden sich 9 sehr engagierte und hoch qualifizierte Mitglieder, die sich 2003 zur Wahl stellten und auch gewählt wurden.

Zu jener Zeit stand der Kreisverband kurz vor der Insolvenz. Ein Aussteigen gab es für keinen von uns. Ähnlich wie 1945, aber auf einer anderen Stufe, galt es für uns, den Verein zu retten. Jedes Vorstandmitglied hat auf

>>>



Beim Festumzug anlässlich des Thüringentages gab es von den Frauen der Volkssolidarität Rapanchensuppe. Foto: Wolfgang Möller

>>> seine Weise mit geholfen. Dabei haben Vorstand und Geschäftsführer größtenteils gemeinsam Zielstellung für Zielstellung abgearbeitet. Es mussten personelle und räumliche Veränderungen vorgenommen werden. Und so sieht die Bilanz heute aus:

Die Volkssolidarität Gotha hat in den letzten acht Jahren erreicht,

- dass sie wirtschaftlich sicher da steht,
- dass sie einen fachlich guten Pflegedienst hat, der in seinem Auftragsvolumen von acht Pflegepatienten in der ambulanten Pflege im Jahr 2003 auf heute über 200 angewachsen ist,
- dass sie täglich 20 Pkw ihrer weißen Fahrzeugflotte mit dem grün-weiß-roten Logo im Einsatz hat,
- dass sie in fünf Tagesbetreuungen vorwiegend einsame ältere und an Demenz erkrankte Menschen liebevoll betreut,

dass sie 25 Patienten in einer sehr modernen und anspruchsvollen Tagespflegeeinrichtung pflegt,

dass sie fünf Patienten in einer Verhinderungspflege einen Monat lang rund um die Uhr aufnehmen und fachlich betreuen kann,

dass sie vier Kindergärten in Trägerschaft hat, die nach dem neuen Bildungsplan und den modernen anspruchsvollen pädagogischen Konzeptionen arbeiten und die Kinder zu lebensstüchtigen Menschen heranbilden helfen,

dass sie 20 Familien und Einzelpersonen in modernen Wohnungen in der Judenstraße und in der Klosterstraße betreut,

dass sie ca. 1300 Mitglieder hat, die in über 30 Orts- und Interessengruppen organisiert sind und ein interessantes und vielseitiges Vereinsleben gestalten,

dass sie inzwischen weit über 100 aktive

ehrenamtliche Helferinnen und Helfer hat, die das Vereinsleben organisieren, bedürftige Menschen betreuen und mithelfen, wo es nottut,

dass sie mit dem Klub »Galletti« eine sehr moderne und ansprechende Begegnungsstätte hat, in der das gesamte Jahr über ein anspruchsvolles Monatsprogramm sowohl Mitgliedern als auch Interessierten Möglichkeiten für Erholung, Beratung, Geselligkeit, Wissenszuwachs, Informationen u. a. bietet und

dass sie ein noch ausbaufähiges Reisebüro hat mit Möglichkeiten für Kleinbus-Tages- und Halbtagesfahrten sowie für Reisen mit großen Reisebussen nach eigenen Programmwünschen.

Wir haben als Volkssolidarität viele Stärken. Eine ist unser Mitgliederverband. Hier sind Menschen organisiert, die Solidarität brauchen und geben. Gemeinsames Erleben und aktives Mitgestalten prägen das Vereinsleben: Kultur, Bildung, Sport, Reisen. Eine andere Stärke sind unsere vorbildlichen sozialen Dienste, die ich bereits oben erwähnte. Sie sind die wichtigste Säule unseres Vereins. Ohne sie wären wir nicht lebensfähig. Eine weitere Stärke ist auch unsere sozialpolitische Interessenvertretung. Wir verleihen den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft eine Stimme, die sich einsetzt für soziale Gerechtigkeit und weitere Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West.

*

Wir können als Volkssolidarität allen Lesern nur sagen, dass man, um Solidarität zu üben, nie zu jung ist, und dass sich Solidarität immer auszahlt - nicht in Geld, aber in menschlicher Zuwendung und letztlich in Sozialkapital. Ich selbst bin gerne Mitglied, und ich liebe meine Aufgabe als Vorsitzende des Gothaer Kreisverbandes, aber auch als Ortsgruppenvorsitzende. Ich werde gebraucht und kann viele meiner Ideen mit anderen teilen und umsetzen.

Kultur & Freizeit

»Willkommen im Klub«

Galletti

Geselligkeit hat einen Namen!

Volkssolidarität Gotha
99867 Gotha
Judenstraße 44

Geselligkeit hat einen Namen: »Klub Galletti«



Fotos (2): Volkssolidarität Gotha. e.V. | unten: Wolfgang Möller

Abbildungen im Uhrzeigersinn:

- Freundliche Einladung in den Klub »Galletti«
- In fürsorglicher Tagespflege mit Schwester Annerose.
- Geschäftsführer Arnfrid Gothe.

Volkssolidarität Gotha e.V.

Klosterstraße 5 - 7
99867 Gotha

Telefon:
(03621) 7 35 05 62

Internet:
www.volkssolidaritaet.de/gotha

E-Mail:
gotha@volkssolidaritaet.de

DIE LINKE und die Religion, der viel versprechende Titel für eine Veranstaltung, die Anfang Juli in Erfurt stattfand und von der die Beteiligten aller Wahrscheinlichkeit nach sagen werden, keine der dafür verwendeten 160 Minuten sei langweilig gewesen. Schon die an der Debatte mit Einführungsvorträgen Beteiligten boten Garantien für Spannung und Kurzweil.

Die in Erfurt geborene und seit Langem in Berlin lebende Theologin Ilseget Fink erinnerte nicht nur an religionsgeschichtliche Entwicklungen, sondern auch an Marx' Auseinandersetzung mit der Hegelschen Rechtsphilosophie und seine 11 Thesen über Ludwig Feuerbach. Und zu hören, warum die letzte davon - »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern« - immer noch den Treppenaufgang im Eingangsportaal der Berliner Humboldt-Universität schmückt, bereitete weiteres Vergnügen.

Die Welt verdankt diesen Umstand offensichtlich dem Tenno. Als der japanische Kaiser in den 1990er Jahren Berlin besuchte und unter allen Umständen der Humboldt-Uni einen Besuch abstatten wollte, trauten sich die Bilderstürmer nicht mehr, die weltweit wahrscheinlich auf Millionen von Fotos dokumentierten Worte Karl Marx' zu entfernen. »klarsicht« wird übrigens zeitnah ein Interview mit Ilseget Fink veröffentlichen.

Steffen Dittes beleuchtete die Einflüsse von Religion und Kirche auf die Gesellschaft: Gruppenbildung gehe einher mit Ausgrenzung, Glauben an »höhere Wesen« könne Wahrnehmung von Eigenverantwortung behindern - sogar Erkenntnisbremse sein. Kinder werden mit der heiligen Taufe automatisch Mitglieder eines Vereins, den sie als Herangewachsene nicht ohne Mühen und Kosten wieder verlassen können. In einer Zeit, in der der Erkenntnisprozess soweit fortgeschritten sei, bedarf es keiner religiösen Füllung von Wissenslücken.

Bodo Ramelow verwies auf die Auseinandersetzungen um die Schließung des Bischofferoder Kalischachtes 1993, bei denen kirchlicher Beistand den Zusammenhalt und die Motivation der streiken-

den Kumpel immens verstärkte. Religiosität ist mitnichten Erkenntnisbremse, und es gibt ein unveräußerliches Recht auf Glaubensfreiheit. Menschen machen auch davon Gebrauch, weil sie darin den Kraftquell für die Bewältigung persönlicher Konflikte sehen.

Der Weimarer Theologe Edelbert Richter, der in den 1990er Jahren Bundestagsmitglied und Mitinitiator der »Erfurter Erklärung« war, machte schließlich bekannt mit der Rolle von Religion in der deutschen Arbeiterbewegung: Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhun-

derts sich vereinzelt bildenden Arbeitervereine hatten in der Regel auch einen sehr direkten Bezug zu urchristlichen Botschaften. Erst im Laufe des Fußfassens bürgerlicher religionskritischer Ansichten in der Gesellschaft und der Entwicklung der Freidenkerbewegung verlor die Religion in der Arbeiterbewegung an Bedeutung.

Die Politik der SED ging anfangs offensichtlich davon aus, dass sich mit der Entwicklung des sozialistischen Staates die Anziehungskraft von Religion spürbar verringern werde. Weil das Tempo nicht befriedigte, wollte man zuerst ein wenig »nach-

helfen« und kam später zu der Überzeugung, dass es vorteilhafter sei, die Kirche in die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft einzubeziehen.

Beinahe zu groß sind Vielfalt der Themen und Gedankenfülle der Betrachtungen. Die Teilnehmer der Veranstaltung schien der Wunsch zu einen, dereinst den Disput darüber fortzusetzen und sich politisch noch stärker für die Trennung von Kirche und Staat einzusetzen.

*

»Dieser Staat«, so Karl Marx, »(...) gerät in einen schmerzlichen, vom Standpunkt des religiösen Bewusstseins aus unüberwindlichen Widerspruch, wenn man ihn auf diejenigen Aussprüche des Evangeliums verweist, die er nicht nur nicht befolgt, sondern auch nicht einmal befolgen kann (...)«



Unser Autor:
Lothar Adler

DIE LINKE.

und die RELIGION



Ein neues Pflegeangebot der Volkssolidarität

Aktivposten in der Bilanz des sozialen Kapitals der Stadt Gotha

Die Gothaer Volkssolidarität hat seit Kurzem eine neue Einrichtung zur Tagespflege. Sie bietet 25 pflegebedürftigen Menschen einen teilstationären Tagesaufenthalt. Es ist ein Betreuungsangebot mit individueller medizinisch-pflegerischer Betreuung, Beratung und Verpflegung. Voraussetzung ist eine vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen bewilligte Pflegestufe. Die Versorgung morgens, abends und an den Wochenenden liegt vorwiegend bei den Angehörigen, oder sie erfolgt im Rahmen eines niedrigschwelligen Beratungsangebotes durch die Volkssolidarität.

Auf diese Weise können pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und müssen nicht gleichzeitig auf professionelle Pflege verzichten. Es ist also ein Bindeglied zwischen häuslicher Pflege und einem stationären Aufenthalt in einem Pflegeheim entstanden.

Dazu wurde das gesamte Erdgeschoss in der Klosterstraße 5 - 7 umgebaut. Der große Aufenthaltsraum birgt gemütliche Ecken, die an die Sehenswürdigkeiten der Stadt erinnern und zum Verweilen einladen - wie die Orangerie, Café Lösche oder das Ekho-Theater.

Der Schlaf- und Ruheraum ist mit gemütlichen Liegesesseln ausge-

stattet. Das Bad mit Behinderten-Toilette und großer Dusche sowie mit viel Platz für Patient und Betreuer ist liebevoll mit Muscheln, Booten und einem Fischnetz dekoriert. Das Highlight jedoch ist der »Snoozle-Raum«. Das Wort »Snoozeln« kommt aus dem Holländischen. Es bedeutet Schnuppern bzw. Dösen und ist eine Therapieform zur Beruhigung in einem speziellen Entspannungsraum mit einer Liegefläche, beruhigenden Lichtelementen und warmen Farben.

In über achtjähriger mühevoller, konsequenter Kleinarbeit schuf das Team der Gothaer Volkssolidarität ein neues Konzept der Tagespflege. Bürokratische Hürden und zähe Pflegesatzverhandlungen waren schwere Steine auf diesem Weg, die mit aktiver Hilfe vieler Sponsoren - unter ihnen die ARD-Fernsehlotterie und die Kreissparkasse Gotha - in beharrlicher ehrenamtlicher Kleinarbeit beiseite geräumt wurden. Ihnen allen dankte Frau Dr. Heide Wildauer auf der feierlichen Eröffnungsveranstaltung am 6. Juli 2011.

- Nicht vordergründig monetär, sondern in erster Linie unter karitativem Aspekt erweist sich dieses Projekt als ein neuer Aktivposten in der Bilanz des sozialen Kapitals unserer Stadt - wie Oberbürgermeister Knut Kreuch betonte.

uwe



»Das waren die Nachrichten«

Er war das Gesicht der TV-Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« im DDR-Fernsehen: Klaus Feldmann, Buchdrucker, Journalist und Autor – vor allem aber leidenschaftlicher Sprecher. Und so kennen wir ihn aus der Zeit, als wir ihm mehr oder weniger oft abends um 19.30 Uhr in unseren Wohnzimmern begegneten – 23 Jahre lang. Vierzehn Mal haben wir ihn zum Fernsehliebling gewählt, einer Auszeichnung, die anderen Sprecherinnen und Sprechern der »Aktuellen Kamera« nicht zuteil wurde.

Kürzlich war er Überraschungsgast in einer Kulturveranstaltung in »Kanter's Café« in meinem Dorf Herges-Hallenberg. Er stellte sein Buch »Das waren die Nachrichten« vor und las Eulenspiegeleien mit Tradition. Für uns beide war es eine besondere Überraschung. Nach über 50 Jahren trafen sich zwei Studienkollegen wieder. Wir hatten zusammen in Weimar die ersten Grundbegriffe des Journalismus gelernt. Die Wiedersehensfreude und das Palaver darum nahmen kein Ende. Es ergab sich folgendes Interview:

Du hast Deine Lieblingsbeschäftigung – den Umgang mit dem Mikrofon – zu Deinem Beruf gemacht. Wie kam es dazu?

Meinen Mikrofonraum erlebte ich schon mit 13 Jahren – und zwar beim Kinderradio des Senders Leipzig. Ich las Texte für den Kinder- und Schulfunk und durfte sogar in Hörspielen mitwirken. Es eröffnete sich mir eine neue Erlebniswelt. Zunächst war es nur eine spielerische Abwechslung zwischen Schule und Freizeitgestaltung. Und als damals Halbwüchsiger hat mir sogar das Lernen hier wie da Spaß gemacht.

Ich wurde zur Rundfunkschule delegiert, wo ich – wie Du auch – eine journalistische Grundausbildung absolvierte. Meine Nachrichtenverrücktheit blieb unseren Ausbildern nicht verborgen. Sie gaben mich in die Obhut versierter Rundfunkhasen, die mich unter ihre strengen Fittiche nahmen und aus mir einen Nachrichtensprecher beim Deutschlandsender machten.

Ab 1959 war ich neben meiner Nachrichtentätigkeit ständiger Sprecher der Sportsendungen des Deutschlandsenders. Meine intensiv betriebene und voller Ungeduld ertragene Sprecherausbildung zahlte sich aus. Es gelang mir ein glänzender Einstieg im Fernsehen bei der »Aktuellen Kamera«. Hier hatte ich Anteil an der Verbreitung von Nachrichten über historische Ereignisse – wie an dem Start des ersten sowjetischen Sputniks, der die Erde 92 Tage lang umkreiste.

Ein anderes Mal wurde ich unter besonderen Umständen ins Studio beordert. Das laufende Programm wurde unterbrochen, und ich verlas die gerade aus dem Ticker gekommene Meldung über den Flug des ersten Menschen in den Kosmos. Noch später musste ich mit zwei anderen Kollegen unter strengster Geheimhaltung die Verfügungen zum Banknotenumtausch auf Band sprechen. Erst als die Vereinbarungen gesendet wurden, durften wir das Studio wieder verlassen. Das waren schon historische Erlebnisse.

Die tägliche Arbeit mit den Nachrichten brachte mich näher an die politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit und ich habe erfah-

ren: Der Kalte Krieg hatte sein Schlachtfeld im Äther. Ich gehörte zur Infanterie – und als Nachrichtensprecher stand ich in vorderster Reihe. Leider war ich während der aufregenden Zeit der Wende außer Gefecht gesetzt. Ich konnte das spannende Geschehen leider nur am Bildschirm im Krankenhaus verfolgen.

Hast Du Deine Texte selbst geschrieben?



Unsere Autorin Ursula Weidenbecher im Gespräch mit Klaus Feldmann, dem beliebten Nachrichtensprecher im DDR-Fernsehen.

Selten. Aber immer dann, wenn ich nicht auf dem Sender sondern in der Redaktion eingesetzt war. Ein Sprecher liest die Texte von Redakteuren und Autoren. Dafür hat er den Beruf gelernt mit allem Drum und Dran: Da spielen u. a. Körperhaltung, Atmung und Sprechweise, Training der Artikulationsorgane für eine saubere Aussprache, wirkungsvolle Sprechpausen, sinngemäße Betonung und möglichst keine Versprecher eine wichtige Rolle.

Wie siehst den kreativen Journalismus und die Zensur?

Gehört das nicht irgendwie zusammen? Wes Brot ich ess, des Lied ich sing! Wenn sich jemand entschließt, Nachrichtensprecher zu werden – also einen Beruf auszuüben, in dem sehr oft Informationen zu verkünden sind, die nicht der eigenen Meinung entsprechen, dann muss er alles lesen, was vor sein Mikrofon kommt. Sonst kann er diesen Beruf nicht ausüben. Heute

könnte man möglicherweise den Sender wechseln. Damals gab es diese Möglichkeit für mich nicht.

Und den Beruf wollte ich nicht an den Nagel hängen, nur weil die Erfolgsmeldungen nicht immer mit der Wirklichkeit übereinstimmten. Außerdem gab es in den Sendungen durchaus viele Informationen, die der Realität entsprachen, beispielsweise in der Außenpolitik. Man darf da nicht alles über einen Kamm scheren.

Für mich war klar, ich schickte die Informationen der DDR-Politik mit meiner Stimme in den Äther. Selbstverständlich hatte ich es da mit Zensur – einschließlich Selbstzensur – zu tun. Ich wusste, wie weit ich gehen konnte, ohne Ärger zu bekommen.

Die schlimmste Zensur waren die sogenannten Wortlautmeldungen in den Nachrichten, die direkt aus dem Politbüro kamen. Sie waren in langatmiger Parteisprache verfasst und entbehrten jeder journalistischen Eleganz. An denen durfte nichts geändert werden. In den 1980er Jahren nahmen diese Meldungen stark zu und töteten jeden kreativen Journalismus, der trotz aller Einschränkungen an anderen Stellen möglich war.

Womit beschäftigst Du Dich heute?

Für mich war Nachrichtensprecher der Traumberuf, wenn sich auch der Traum – doch darüber bin ich nicht traurig – auf Sprecher reduziert hat. Auch heute – in meinem Senioren-Dasein – tue ich das, was ich schon immer gemacht habe: Ich spreche für Hörfunk und Fernsehen, moderiere Events und Galaveranstaltungen, repräsentiere Filme auf Messen und bin Synchronsprecher.

Besonders gern lese ich Eulenspiegeleien mit Tradition, wie eben heute in »Kanter's Café« mit dem Programm »Mattscheibe – Lachen und lachen lassen«. Aber auch andere Texte aus Büchern von Hansgeorg Stengel – wie »Wer lernt mir Deutsch?« und »Rettet dem Dativ« bereiten mir und meinem Publikum viel Vergnügen.

Danke für das Gespräch, lieber Klaus Feldmann, und weiterhin alles Gute!

Warum gibt es eigentlich keinen Deutschen Atheistentag? Diese Frage stellte ich mir, als ich am letzten Tag des Evangelischen Kirchentages auf der A 4 aus Richtung Dresden nach Gotha im Stau stand. Nun, als jugendliche und sportliche DDR-Bürgerin nahm ich an vielen Festen mit atheistischem Charakter teil: Pioniertreffen, Pfingstfestival der FDJ, Kinder- und Jugendspartakiade, Turn- und Sportfest, Deutschland-Treffen, Weltfestspiele der Jugend – Feste für die Völkerverständigung und für die Erhaltung des Friedens.

Der liebe Gott blieb dabei immer außen vor. Marx sei Dank! Ergo: Das waren Feste von Atheisten. Im vereinnahmten Deutschland ist das nach 1990 anders geworden. Landauf, landab vergeht kaum eine Veranstaltung, die nicht von Andachten, Fürbitten, Segnungen und Gottesdiensten begleitet ist.

So gab es beispielsweise zehn solcher Termine beim 13. Thüringentag in Gotha – Ökumenisches Friedensgebet, Feuriger Lobpreis, Feldgottesdienst (»Gott mit uns(?)«) usw. Halleluja!

Mit welchem Recht bekommen eigentlich die Missionare der großen christlichen Kirchen in Deutschland einen Sendeplatz im Rundfunk und im Fernsehen (»Augenblick mal« oder »Das Wort zum Sonntag«)? Und was hat Religionsunterricht in staatlichen Schulen des 21. Jahrhunderts zu suchen? Thüringens CDU-Sekretär Mario Voigt gibt eine Antwort darauf, indem er eine Zusam-

menarbeit mit den Grünen langfristig für möglich hält: »Ein weiteres verbindendes Element sei das CDU-Kernthema, die Bewahrung der Schöpfung, auch wenn die Grünen dazu nachhaltige Politik sagen würden.« (Thüringische Landeszeitung vom 14.6.2011)

Dabei meint er vielleicht die Bewahrung der Wertschöpfung zugunsten der Aktionärs-Konten, und sei es mit dem Verkauf von 200 Leopard-Panzern in die Krisengebiete des Nahen Ostens. Index unser, der du bist an der Börse. Geheiligt sei dein Wert. Dein Reich komme, usw.

Meine Mutter hätte vielleicht mit mir geschimpft ob dieser ketzerischen Gedanken. Sie hatte mich taufen und konfirmieren lassen, ging oft in die Kirche und beging die kirchlichen Feiertage nach altem Brauch. Doch sie machte auch aktiv in der DFD-Ortsgruppe mit, schrieb Gedichte gegen den Krieg und für den demokratischen Aufbau in der DDR.

Für sie gab es keinen Widerspruch zwischen Christ und Atheist.

Ob Mutter an Gott geglaubt hat, weiß ich nicht. Doch sie hatte die Hoffnung nie aufgegeben, dass in jedem Menschen ein guter Kern steckt, ob im Kommunisten oder im Christen, ob religiös oder nichtgläubig. Sie hatte es selbst vorgelebt. Sie war ein guter Mensch – eben eine Kommuchristin.

Vergelt's Gott!

Eure Klara Klarsicht

DIE AKTUELLE GLOSSE



NIEDERMEIEREIEN / Gotha adelt

Im Rosengarten wurde zerstört
das Denkmal der Antifaschisten,
weil das jetzt dort nicht mehr hingehört –
es stammt noch von den Kommunisten.

Das ist unsre deutsche »Geschichte-Demenz«.
Nur wer links war, wird heute getadelt.
Denn Gotha ist jetzt wieder »Residenz«
und am wichtigsten ist: Gotha adelt.

Bringt den Feudalismus schnell wieder herbei
und Robot und Zehnt den Bauern
und die Hexenverbrennung! Was ist schon dabei?
Wir werden davon nicht erschauern.

Bringt uns doch wieder die Leibeigenschaft,
den Herzog und die Edelfrauen,
die Pest und die Dreifelder-Wirtschaft!
Wir werden das alles verdauen.

Bringt uns doch wieder das Halsgericht,
das Teeren und Federn und Pfählen!
Ihr wisst doch: Wir Kleinbürger sind nicht ganz dicht,
denn wir werden euch doch wieder wählen.

Bringt uns endlich wieder die Kleinstaaterei!
Sechzehn Länder im Bund sind zu wenig.
Und für jeden Fürsten die Vielweiberei
und fürs Gothaer Schloss einen König!

Bringt uns doch den modrigsten Plunder zurück –
wie zur Blütezeit Karls des Fünften!
Die Gothaer Bürgerschaft lebt dann voll Glück
in Ständen und Gilden und Zünften.

Bringt endlich nach Gotha die englische Queen
zum Meeting mit ihrem Ur-OPA!
Das Herzogtum hier war doch immerhin
einst das »Adelsgestüt von Europa«.

Bringt doch von Britanniens royaalem Glanz
auch in unsere »Weltstadt« ein wenig!
Wir lieben den adligen Firlefanzen
in Gotha. Es lebe der König!

Heinz Niedermeier

Historische Ereignisse

Teil 5: Warum und wie kam es zum Mauerbau am 13. August 1961?

Wir hatten im Teil 3 dieser Artikelserie bereits festgestellt: Die Wiener Verhandlungen zwischen Kennedy und Chruschtschow waren gescheitert. Das Wiener Treffen hatte gezeigt, dass eine Vereinbarung zur Lösung der Berlinfrage sowie zur völkerrechtlichen Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten nicht in Sicht war. In diesem Sinne unterrichtete Chruschtschow Walter Ulbricht über die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Kennedy.

Betrachten wir die innere Lage in der DDR Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre. Die Reparationslasten Ostdeutschlands betrug etwa 4,3 Milliarden Dollar, während die Westdeutschlands lediglich auf eine halbe Milliarde Dollar kamen. Je besser es auf dieser Basis den Menschen in Westdeutschland ging, umso verlockender erschien den Menschen in der DDR, ihre persönliche Perspektive in der BRD zu sehen.

Das Ergebnis: Allein 1960 verließen 200 000 DDR-Bürger das Land in Richtung Westen – davon allein drei Viertel über Westberlin. Es war nicht in erster Linie ein politisches Votum, sondern es ging den Bürgern um ein besseres Leben.

Diese Situation verstärkte sich noch in den Monaten Januar bis August des Jahres 1961. Hinzu kam die Tatsache, dass die BRD zum 1. Januar 1961 einseitig und kurzfristig das Handelsabkommen mit der DDR aufgekündigt hatte. Alle Lieferungen an wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten aus der BRD sollten eingestellt werden.

Der Sieg in diesem Gefecht des Kalten Krieges ging eindeutig an den Westen. Somit steht fest, dass die Entwicklung in der BRD, die für jeden Einwohner der DDR sichtbar war, den Hauptgrund bildete, so dass im Verlaufe von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen den Osten verlassen haben. (Bis zum Jahr 2010 sind aus dem gleichen Grund drei Millionen Ostdeutsche weggegangen. Es stellt sich die Frage: Lag das auch am System?)

Zurück zum Sommer 1961. Wir stellten bereits fest, dass der Knackpunkt die Lösung der offenen Grenze zu Westberlin war. Das aber hätte im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Chruschtschow und Kennedy in Wien Krieg bedeutet, den keiner der beiden Seiten wegen Westberlin wollte.

Der führende sowjetische Militär Anatoli Gribkow schrieb in seinem Buch »Der Warschauer Pakt« bezüglich Berlin: »Bereits in den ersten Jahren des Kalten Krieges war es um die von vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges regierte Stadt Berlin zu zwei ernststen Krisen gekommen. 1948/49 im Zusammenhang mit der sowjetischen Blockade Westberlins und 1953 im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ostberlin und der DDR. Auch die dritte Berlinkrise im Jahre 1961 war eine Folge des Kalten Krieges.«

Den zeitlichen Ablauf der Ereignisse, die zum Mauerbau am 13. August 1961 führten, legte Prof. Dr. Siegfried Prokop in einem Vortrag am 30. September 2010 dar: Am 27. November 1958 richtete die UdSSR eine Note an Frankreich, Großbritannien und die USA, in der sie vorschlug, alle Besatzungstruppen aus Berlin abzuziehen – eventuell unter Aufsicht der Vereinten Nationen – und den französischen, den britischen und den amerikanischen Sektor Berlins einstweilen zu einer »entmilitarisierten freien Stadt« zu machen. Die UdSSR räumte für die Lösung der Berlinfrage eine Zeit von sechs Monaten ein, weshalb die Note im Westen als Ultimatum aufgefasst wurde.

Gleichzeitig richtete die UdSSR Noten an die Regierungen der BRD und der DDR, in denen sie ihre Vorstellungen für die Lösung der Berlin-

Frage darlegte: freie Stadt Westberlin, unabhängige Stadtregierung, keine Eingliederung in die DDR, Garantie der Unabhängigkeit durch die UNO und die vier Mächte, ungehinderte Kontakte Westberlins mit der Außenwelt.

Im gleichen Zeitraum spitzte sich die wirtschaftliche Lage in der DDR – wie bereits dargelegt – weiter zu. Am 8. November 1960 unterwarf die DDR die Einreise von BRD-Bürgern nach Ostberlin generell einer Genehmigungspflicht. Die NATO-Ratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo wies im Kommuniqué die Androhung eines separaten Friedensvertrages zurück und bekräftigte die Entschlossenheit, »die Freiheit Westberlins und seiner Bevölkerung zu wahren«.

Das Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow am 3. und 4. Juli 1961 in Wien führte zu keiner Entspannung der Lage um Westberlin. Es war keine »Weichenstellung« zum Mauerbau. Dies würde den Blick für die eigentliche Dramatik des Geschehens im »heißen« Sommer 1961 verstellen.

Chruschtschow hatte am 4. Juni 1961 in Wien mit der Note überrascht, gegebenenfalls mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen und alle Verbindungswege von und nach Westberlin einschließlich der Luftwege an die DDR zu übergeben. Das heizte die ohnehin gespannte Lage weiter an.

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 hatte Walter Ulbricht auf eine Anfrage von Annemarie Dobert von der »Frankfurter Rundschau« zutreffend erklärt, niemand habe die

Absicht, eine Mauer zu errichten. Es ging im Juni 1961 nicht um eine Mauer. Luftkontrolle durch die Organe der DDR war angesagt. Dazu veröffentlichte das Post- und Verkehrsministerium der DDR eine Anordnung mit Datum vom 15. Juni 1961, dass die Behörden der DDR die eigenständige Verantwortung und somit die Kontrolle über den Luftraum der DDR übernehmen, auch von und nach Westberlin.

In die Zeit der Ausformung dieses riskanten Konzepts fielen Gespräche über einen Kompromiss zwischen dem amerikanischen Präsidentenberater Arthur Schlesinger und dem sowjetischen Botschaftsrat Georgij Kornijenko am 5. Juli 1961 in Washington. Der Gedankenaustausch endete mit einem sowjetischen Appell, die USA möchten doch ihre eigenen Garantien für Westberlin formulieren. Dies geschah in den Erklärungen der USA vom 19. und 25. Juli 1961. Kennedys Härte und die zugleich bekundete Kompromissbereitschaft brachten Ende Juli 1961 die scheinbar versteinerten Politikkonzepte Moskaus in Bewegung. Der Weg zum Mauerbau war freigelegt – ohne Krieg.

Literaturhinweise:

Manuskript zum Buch »Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben« Anatoli Gribkow, »Der Warschauer Pakt« Siegfried Prokop, »Geschichte der Berliner Mauer« in: Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GHR), Sonderdruck der Arbeitsgruppe Grenze, »Herbsttreffen 2010«, Seite 6–18

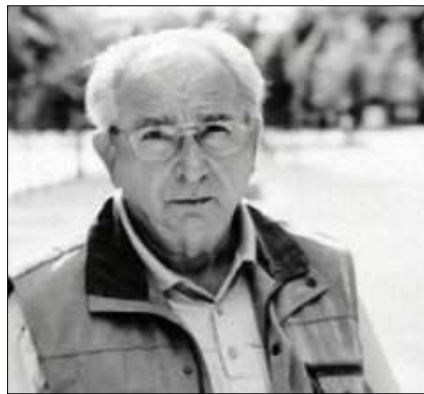


Foto: Privat

Unser Autor Jochen Traut ist Sprecher des »Geraer Dialogs« | www.sozialistischer-dialog.de



Unser
Autor:
Klaus Perlt

Gedanken zur »großen« Politik oder über die, die uns veralbern wollen

Was ist nur mit den Griechen los? Jetzt müssen wir Deutschen die schon wieder unterstützen. Wer weiß, wem wir alles noch aus der Patsche helfen müssen?

So oder ähnlich könnten sich die Gespräche am Biertisch anhören. Wir werden ja in den Medien auch all umfassend informiert.

Ist es aber nicht so, dass sich die deutsche Wirtschaft immer wieder rühmt, per Saldo einen Exportüberschuss erwirtschaftet zu haben? Wenn im Inland dank Niedriglohnsektor und ständig sinkender Realeinkommen bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung die Kaufkraft schwindet, bleibt ja weiter nichts übrig, als die im Inland nicht absetzbaren Waren zu exportieren.

Die Banken geben gern Kredite, denn diese werfen ja Zinsen ab. Mit diesen Krediten werden dann die Waren gekauft, die man sich ja im Inland wegen der begrenzten Verdienstmöglichkeiten oder besser gesagt wegen der weit verbreiteten Armut nicht leisten kann. Für mich ist es ein Skandal, dass es in so einem reichen Land wie Deutschland eine Tafel geben muss.

Und nun noch einmal zu den Griechen. Wenn man ein Land in eine Abhängigkeit bringt, mehr zu importieren als es exportieren kann, ist eine solche Überschuldung über kurz oder lang unausweichlich. Zwischen den Ländern müssen ausgeglichene Handelsbeziehungen bestehen, oder ein Land muss über so viele Reichtümer verfügen,

dass es sich beispielsweise leisten kann, 200 moderne Panzer aus der drittgrößten Waffenschmiede der Erde zu importieren. Man beruft sich darauf, dass inzwischen die Rüstungsindustrie zu den Stützen der deutschen Wirtschaft gehört.

Eines ist auffällig. Seitdem das sozialistische Lager zusammengebrochen ist, verschärfen sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich auf dramatische Weise. In der Tageszeitung »Thüringer Allgemeine« hatte ein Professor aus dem Westen die DDR analysiert. Unter anderem verwies er darauf, dass es in der DDR Privilegierte gab, die das 10-fache von dem verdienten, was die am schlechtesten bezahlten Werktätigen erhielten. Ich frage mich, welcher Manager eines größeren Unternehmens sich heute mit dem 10-fachen eines Hartz-IV-Regelsatzes zufrieden geben würde.

Zudem würde mich einmal interessieren, welchen Reichtum 5 Prozent der sogenannten »Leistungsträger« angehäuft haben und wie viel die weniger betuchten 75 Prozent der Bevölkerung besitzen?

Ich vermute, wenn die Habgier der »Eliten« etwas eingeschränkt würde, könnten die Bundesrepublik, die Länder sowie die Kommunen langsam daran gehen, die Verschuldung zu reduzieren, denn über die Zinsen für die Schulden freuen sich ja auch wieder die Banken – ähnlich wie im Fall Griechenland.

Gegen die Kriegskredite – für baldigen Frieden

**Karl Liebknecht
zur Kriegssitzung
des Reichstages**



Karl Liebknecht
geboren am 13. August 1871
ermordet am 15. Januar 1919

Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettübens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisierung und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflochtenen Monate trotz einer rückblicklosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole »Gegen den Zarismus« diene – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole »Gegen den Militarismus« – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhass zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind

zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten.

Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend finden kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, den 2. Dezember 1914

Aktuelle Fernsteuerung



Titelzeile und Montage: ks/Gerler

Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle inszenieren sich gerne als Unterstützer der arabischen Demokratiebewegung. Doch hinter den Kulissen hätscheln sie die Diktatoren: Vor wenigen Wochen erlaubte der Bundessicherheitsrat die Lieferung von 200 deutschen Leopard-Kampfpanzern an das saudische Regime. Dem Gremium gehören auch Merkel und Westerwelle an.

Das despotische Königshaus in Saudi-Arabien unterdrückt brutal die eigene Bevölkerung und half erst im Frühjahr 2011, mit Panzern die Demokratiebewegung in

Bahrain blutig niederzuschlagen.

Laut Hersteller »Krauss-Maffei Wegmann« sind die Leopard-Panzer auch noch auf »asymmetrische Kriegsführung und die Bekämpfung von Einzelpersonen« optimiert. Schon nächstes Jahr kann also das gepanzerte Multitalent »Made in Germany« in den Stra-

ßen Riads gegen Demonstranten eingesetzt werden. Im Internet beschreibt das Auswärtige Amt die Lage in Saudi-Arabien so:

»Todes- und Körperstrafen werden verhängt und vollstreckt. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind stark eingeschränkt. Parteien sind verboten. Politische Aktivisten und Menschenrechtler werden drangsaliert, inhaftiert oder gehen ins Ausland.«

Trotzdem will Westerwelle Leopard-2-Panzer des Typs »2A7+« aus der Münchner Rüstungsschmiede »Krauss-Maffei Wegmann« nach Saudi-Arabien liefern lassen – ausgerüstet mit einem »Räum schild« an der Fahrzeugfront, geeignet zum »Wegräumen« nicht nur von Barrikaden sondern auch von Demonstranten.

Gegenwärtig riskieren jeden Tag mutige Frauen und Männer ihr Leben für die Freiheit in der arabischen Welt. Es kann doch nicht sein, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung das autoritär geführte Land mit Hightech-Panzern des 21. Jahrhunderts ausstattet.

*

Frühere Bundesregierungen haben den Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien noch aus einem weiteren Grund stets abgelehnt. Man wollte nicht mitten in ein Krisengebiet exportieren, ein Wettrüsten mit dem Iran vermeiden und den Konflikt mit Israel nicht befeuern. Diesen Konsens gibt die Regierung Merkel nun leichtfertig für die Profitinteressen deutscher Rüstungskonzerne auf.

Yves Venedey, www.campact.de



Auf den Spuren von Bonifatius bis Luther

Auf eine Zeitreise der besonderen Art nahm Roland Scharff seine zahlreichen Zuhörer im Klub Galletti mit. Der Bogen spannte sich von 719 bis 1525. Damals war Thüringen von den Franken besetzt.

Papst Gregor II. schreibt an Bischof

Wynfret Bonifatius im 19. Brief, die Thüringer Asolfus, Gondolaus, Wilareus, Gundharrens und Alvoidus würden ihn bei der Missionierung unterstützen. Recht plausibel wies Herr Scharff nach, dass jener Asolfus im Gebiet von Altenbergen zu Hause war. Dort verlief die Straße von Asolveroth und querte in der Nähe der Burg des Asolfus die Erph, ein kleines Flüsschen. Unweit der Burg baute Bonifatius seine erste Thüringer Kirche. Daran erinnert heute der Kandelaber. Deshalb wird wohl das Bistum Erphesfurt »in der Stadt Ackerbau treibender Heiden« auch hier im Landkreis Gotha gelegen haben.

Herrn Scharff, dem »Thüringer Schlie mann«, ist es zu verdanken, dass unter

der fleißigen Arbeit vieler Schüler Etliches davon ans Licht der Öffentlichkeit gefördert wurde. Seine Spurensuche ging von der Burg des Asolf über das Kloster Georgenthal bis hin zur Kirche auf dem Altenberg.

*

Was nun Luther betraf: Er erhielt die Vulgata, seine Bibel, die er auf der Wartburg ins Deutsche übersetzte, von Spalatin. Und Spalatin war damals der Erzieher einer verwilderten Herde von Novizen im Kloster Georgenthal. Wahrscheinlich lag das Haus, in dem sich der Humanistenkreis um Spalatin traf, das Belpratium, an der Straße nach Schönau und wurde beim Neubau der Straße gefunden.

Text und Foto: poegot

Gotha adelt

Gotha adelt, wenn man gegen den Faschismus kämpfte – egal ob als Pfarrer oder als einfacher Bürger, nur nicht als Kommunist. Da möchte Gothas Oberbürgermeister Knut Kreuch (SPD) die systematische Vernichtung von Gegnern im Dritten Reich mit den Dingen in der DDR gleichsetzen. Diktatur ist eben Diktatur.

Aber so einfach ist das eben nicht. Fast 150 Einwohner Gothas und aus der Umgebung kämpften gegen den Faschismus. Viele unter ihnen gaben ihr Leben, damit es ihren Kindern mal besser gehe. Ihrem Andenken war das Denkmal im Gothaer Rosengarten gewidmet.

Wenn nun ein neues Denkmal entstehen soll, das nur allgemein den Opfern politischer und rassistischer Gewalt gedenken soll, dann werden die Taten der Antifaschisten herabgewürdigt.

*

Was Gotha gut zu Gesicht stände, ist der eindeutige Bezug auf eben jene, die den Faschismus auf die eine oder andere Art bekämpften. Jetzt – gerade 8 Jahrzehnte nach ihrem Wirken – ist dies besonders notwendig, weil schon viele wieder beginnen zu vergessen.

Volker Pöschel



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag

		zum	am
Walter Brückner	Gotha	89.	06. August
Gotthard Bacher	Tamb.-Dietharz	63.	09. August
Edith Herrmann	Gotha-Boilstädt	81.	13. August
Rudi Laue	Dachwig	72.	13. August
Norbert Usbeck	Tamb.-Dietharz	64.	13. August
Anneliese Trautmann	Georgenthal	83.	14. August
Jürgen Hildebrand	Ernstroda	62.	17. August
Ingeborg Schmidt	Ohdruf	80.	20. August
Hans Heldt	Georgenthal	67.	20. August
Peter Büschel	Ernstroda	81.	22. August
Herbert Wesenberg	Gotha	65.	31. August
Hans-Jürgen Lange	Gotha	60.	31. August

Auch allen anderen Genossinnen und Genossen, allen anderen Leserinnen und Lesern, wünschen der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und die »klarsicht«-Redaktion alles Gute zum Ehrentag.

Termine August 2011

01.08.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
09.08.	15:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
15.08.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
16.08.	18:00	Kreisvorstandssitzung Geschäftsstelle
22.08.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
	18:00	Sitzung der Stadtratsfraktion Geschäftsstelle
25.08.	14:00	Info-Stand des Kreisvorstandes Neumarkt, Gotha
	17:00	Beratung mit den Basisvorsitzenden Geschäftsstelle
27.08.	09:00	Friedensfest Gera
30.08.	15:00	Bürgersprechstunde der Stadtratsfraktion Geschäftsstelle
	18:00	Sitzung der Stadtratsfraktion Geschäftsstelle
31.08.	17:00	Stadtratssitzung Bürgersaal

Vorschau September

01.09.		Kinderfest anlässlich des Weltfriedenstages Freifläche hinter der Geschäftsstelle in der Blumenbachstraße 5
--------	--	---

DIE LINKE.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha hat in seiner Sitzung am 12. Juli 2011 Folgendes beschlossen:

**Am Samstag, dem 24. September 2011,
findet ab 9:30 Uhr im Restaurant »Deutscher Hof«
in Friedrichroda, Hauptstraße 4, die nächste**

Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Gotha statt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Rechenschaftslegung des Kreisvorstandes DIE LINKE. Gotha
2. Diskussion über den Bericht und über die nächsten Aufgaben
3. Wahl des neuen Kreisvorstandes und seiner Gremien
4. Wahl von 6 Delegierten zum 3. Landesparteitag DIE LINKE. Thüringen

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; im Internet unter: www.die-linke-gotha.de; E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64.

Redaktionskontakte: 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de

Redaktionsleiter: Lothar Adler (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 64 68, E-Mail: wkb-gotha@martinarenner.de **Redaktionsmitglieder:** Gerhard Möller, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Sebastian Schreiner, Gerd Wagenknecht, Ursula Weidenbecher. **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich.

Redaktionsschluss: jeweils am 15. des Vormonats. **Ihre Zuschriften** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich. Die mit □ gezeichneten Artikel sind Beiträge der Redaktion. **Spendenkonto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, BLZ 82064 168, Kto-Nr. 20766 16.

Ist doch klar(sicht)...

Wer rettet die FDP?



»Kinder an die Macht«

(Verszeile aus dem gleichnamigen Songtext im Herbert-Grönemeyer-Album »Sprünge«, 1986)

In der Bücherkiste gestöbert

Sahra Wagenknecht:

»Freiheit statt Kapitalismus«

Wie wir zu mehr Arbeit,
Innovation und Gerechtigkeit kommen

Konstruktiv, optimistisch und konkret: Sahra Wagenknecht holt die Soziale Marktwirtschaft ins 21. Jahrhundert. Ein Plädoyer für eine neue Wirtschaftsordnung.

Schon lange sind nicht mehr Wettbewerb oder gar Leistung die zentralen Merkmale und Perspektiven unserer Wirtschaft, sagt Sahra Wagenknecht. Der Kapitalismus hat seine Produktivität und Kreativität verloren. Wenn Ökonomie die Kunst des Anreizensetzens ist, wirken heute die falschen, denn sie belohnen abstrakte Renditeziele und Jobvernichtung statt Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, Umweltschonung und Unternehmenswachstum.

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist auch eine Kreativitätskrise, sagt die Autorin. Sie nimmt die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft wie Walter Eucken und Ludwig Erhard beim Wort und beschreibt es als dringlichste Herausforderung an die Wirtschaft, wieder produktiv und innovativ zu sein. Denn es muss nicht nur gerechter verteilt werden, sondern es muss auch wieder mehr zu verteilen geben. Ohne fundamentale Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, also eine neue nichtkapitalistische Wirtschaftsordnung, ist dies nicht zu haben, so die Schlussfolgerung der politischen Vordenkerin.

368 Seiten, Preis: 19,95 Euro, Artikelnummer: 66076,
Buchbestellung: Redaktion »Unsere Buchempfehlungen für Sie«,
Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin



Übrigens:

Gott Vernunft wär' die Trense, zu zügeln beim Endzeit-Galopp.

Dietmar Beetz